

Netzwerk der Initiativgruppen Gesteinsabbau e.V.

Eingetragen unter Nr. VR 866 im Vereinsregister Zwickau, Bundeskontaktstelle Gesteinsabbau der Grünen Liga.
(<http://www.grueneliga.de/gesteinsabbau> - Gesteinsabbau im Internet)



Steinbeisser 2/2000

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Redaktion: Ulrich Wieland, Prof. Virchowstr. 8, 08280 Aue, Tel. 0371-832 172, e-mail: Ulrich_Wieland@t-online.de **Aue, 28.02.00**
Kto-Nr.: 3850516325 Kreissparkasse Aue-Schwarzenberg BLZ: 870 560 00
außerdem Spendenkonto (nur hier Spendenquittungen):
Kto-Nr.2224000181 Sparkasse Zwickau BLZ 87055000 (nur mit vollständ. Adresse u. Vermerk: Spende Netzwerk 3.99999.11111)



Liebe Freunde und Mitglieder

In Strehla brennt's. Wieder einmal ist eine Bürgerinitiative entstanden, nachdem die Pläne für die Elbauenabbaggerung bekannt wurden. Wie schon oft spaltet der Raubbau den Ort in zwei Lager: Auf der einen Seite diejenigen, die kurzfristig daraus einen

Vorteil ziehen: einen Arbeitsplatz für ein paar Jährchen, die Knete vom Verkauf des von den Vorvätern geerbten Landes, vielleicht auch eine Teerstraße fürs Dorf, wo früher ein Feldweg war. Auf der anderen Seite die Gegner des Abbaus: potentielle Lärmpfer, weil die neue Grube bis ans eigene Grundstück reicht, potentielle Staubopfer, die schon jetzt das Zähneknirschen an milden Sommerabenden vorausahnen, potentielle Wasserschädigte, denen die Grube die Trinkwasserquellen und den Ertrag der Landwirtschaft absaugt, potentielle Verlierer, die sich einfach ärgern, daß ein privater Unternehmer ohne Rücksicht auf spätere Generationen Stein oder Sand zu Geld macht und dabei nicht danach fragt, was danach kommt.

Nur: was ist mit den Unentschiedenen, denen, die weder dafür noch dagegen sind, die sich's mit den Unternehmern und den Arbeitnehmern nicht verderben wollen? Denen der Konflikt zuviel ist? Die den Widerstand nicht gewohnt sind, weil sie sich im Mainstream am wohlsten fühlen? Was ist mit denen, für die Landschaft keinen Wert besitzt, der gegengerechnet werden kann: Gegen Arbeitsplätze, gegen die Dorfstraße und natürlich gegen den Gewinn, den Einzelne aus der Zerstörung von Landschaft ziehen? Wie ziehen wir sie mit ins Boot? Vielleicht, indem wir sie zu Betroffenen machen? Ihnen die Augen öffnen, was für Folgen viele Kiesgruben und Steinbrüche nach sich ziehen? Ich würde mich über Zuschriften freuen, wie es Ihnen gelungen ist, Unbeteiligte zu engagieren. Kann nicht gerade auf diesem Weg nachhaltige Politik, Zukunft für unsere Nachkommen gestaltet werden?

Ihr Ulrich Wieland

Inhalt:

1. BI Rettet den Elbbogen, Strehla ab S. 2
 - "Erst kommt das Geld – dann die Moral und die Verantwortung" S. 2
 - "Soll der doch in Heidelberg buddeln" S. 2
 - "Dann setzen wir uns auch auf die Straße" S. 3
 - "Unsere Enkel müssen das ausbaden" S. 4
2. Naturschutz mit (Kuh-)Biß S. 5
3. Gipsindustrie erwartet leichte Erholung S. 7
4. Kieswerke unter neuem Firmendach S. 8
5. Junge Frau nach Unfall gestorben S. 8
6. Gefahr für "Silbersee" vorerst abgewendet S. 8

Termine :

1. **Samstag, den 4.März.2000: 9.30 Uhr,**
Gemeinderaum von Königshain b. Mittweida,
über der Sparkasse: Treffen mit BI Claußnitz (s. u.)
2. **Freitag, 5.Mai, 19.00 Uhr,** Burgstädt, Gasthof
Erbgericht, Chemnitzer Str. (Bowlingcenter)
**Mitgliederversammlung mit Neuwahl des
Vorstandes**

Einladung:

Vor einigen Monaten wurden die Bürger von Königshain, Claußnitz und Altmittweida von ihren Bürgermeistern in Kenntnis gesetzt, dass auf ihrem Gebiet Sandmengen lagern und abgebaut werden sollen. Der Antrag zum Abbau wurde von den Sandwerken Bieser GmbH gestellt und das Raumordnungsverfahren eingeleitet. Inzwischen ist dieses positiv entschieden worden.

Nach intensiven Recherchen in den Planungsunterlagen, die jedem Bürger für mehrere Wochen zur Einsichtnahme in den Gemeindeämtern zur Verfügung standen, sind wir der festen Überzeugung, dass es mit der Erschließung des zur Debatte stehenden Gebietes große, zum Teil schwerwiegende Veränderungen für Mensch und Umwelt geben wird.

Lärm, Schmutz, Probleme mit dem Grundwasserspiegel, zusätzliche Verkehrsbelastungen, die auch zur Minderung der Grundstückswerte führen werden, sowie die dauerhafte Vernichtung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und bleibende Veränderungen des Landschaftsbildes sind Faktoren, die unserer Meinung nach viel zu wenig Aufmerksamkeit erhalten haben.

Ich möchte Sie hiermit recht herzlich zu einem Informations- und Meinungsaustausch am 04. März 2000 um 9.30 Uhr in den Gemeinderaum von Königshain, über der Sparkasse einladen.

mit freundlichen Grüßen
Dr. Helga Otto

1. Erst kommt das Geld - dann die Moral und die Verantwortung

Von der Bürgerinitiative „Rettet den Elbbogen“ Strehla erhielt ich die folgende Zuschrift mit Informationen über den geplanten Kiesabbau am Elbbogen und zwei Presseartikel, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.

Sehr geehrter Herr Wieland, in unserer Zeit, in der die Macht und nicht der Geist im Zentrum steht, hat man sich daran gewöhnt, militärisches Potential und ökonomischen Potenz als entscheidenden Faktor anzusehen. Die Bedeutung von Geist, Kultur und Natur treten in den Hintergrund. Produktion des Profites willen und Ökologie stehen seit jeher im Widerspruch, weil zur Produktion einfach Rohstoffe notwendig sind. Raubbau, Umweltkriminalität, Subventionsbetrug und Korruption waren und sind die Folge.

Das dies nicht immer so sein muss, beweisen weltweit - und auch in unserem Lande Projekte, die trotz wirtschaftlichem Wachstum sinnvoll mit der Natur umgehen. Es gibt Unternehmer, die umweltorientierte Verfahren suchen, finden und anwenden. Auch einige Politiker handeln aus der Sorge heraus, dass unser Lebensraum nicht noch weiter dem ungezügeltten Wachstum mit all seinen Folgen zum Opfer fällt.

Hier ein Beispiel von ökologischem Unsinn in höchster Form.

Die Grimmig GmbH & Co. KG aus Heidelberg will 45 Jahre lang einen Kiessandtagebau im Elbbogen nördlich von 01616 Strehla OT Görzig (*unweit von Riesa – d. Red.*) betreiben, obwohl sich im Umfeld fünf Kiesgruben befinden, deren Auslastung zwischen 50 und 70 % beträgt und eine Kapazität bis zu 25 Jahren ausgewiesen wird.

Gegenwärtig wird das Raumordnungsverfahren durchgeführt.

Argumente, die für das Vorhaben sprechen:

- Schaffung von ca. 6 Arbeitsplätzen
- Einkommenssteigerung der Gesellschafter der Grimmig GmbH & Co. KG in Heidelberg
- Landbesitzer, die ihr Land verkaufen, verbessern ihr Einkommen

Argumente dagegen:

- Raubbau an der Natur
- Vernichtung der Elbauenlandschaft in dieser Region.
- Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung für die Zukunft
- Gefährdung des Hochwasserschutzes
- Massiver Eingriff in Pflanzen- und Tierwelt
- Elbwanderweg Dresden - Hamburg wird unterbrochen
- Zusätzlich LKW auf den Straßen für den Abtransport des Ackerbodens und des Kiesel
- 18 m hohe Kieselhalden verunstalten das Landschaftsbild
- Staub- und Lärmbelastung für Einwohner in Kreinitz, Görzig, Strehla, Paußnitz und Lößnitz

- Steuergelder, die für unser Land dringend gebraucht würden, werden vor dem Finanzamt in Form von Investitionen „vergraben“
- Vernichtung von Ackerland und damit
- Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft
- Abbau von Arbeitsplätzen im Fremdenverkehrsbereich (Elbwanderweg)
- Enorme Verschlechterung der Lebensqualität der Anwohner

Es liegt keine regionale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit vor, so massiv in Natur und Infrastruktur einzugreifen.

Profitstreben eines einzelnen Unternehmers kann nicht gegen die Vernunft, den Willen, die Sorge für das Land und das Allgemeinwohl sehr vieler Bürger von Strehla und Umgebung zu Entscheidungen für das Vorhaben führen.

Da drängen sich solche Fragen auf wie:

- Wer entscheidet im Interesse des Einzelnen (Herrn Grimmig) gegen die Natur, gegen das Gemeinwohl für solch ökologischen Unfug?
- Welches Motiv haben solche Entscheider, wenn es in der Region jetzt schon Überkapazitäten in der Kiesförderung gibt?
- Kann sich ein Entscheider formell hinter Paragraphen verstecken?
- Wer in Person ist der Interessenvertreter von Herrn Grimmig und seiner Firma?

„Soll der doch in Heidelberg buddeln“

Bürgerinitiative gründet Sprecherrat

Montag, 24. JANUAR 2000

Von Jürgen Müller

Kein freier Platz war mehr zu finden im Strehlaer Pfarrhaus, Stühle mussten noch heran geschleppt werden zur Versammlung der Bürgerinitiative „Rettet den Elbbogen“. Diese setzt sich ein gegen den geplanten Kiesabbau im Gebiet nahe Görzig. Die Heidelberger Firma Hans Grimmig mit Niederlassung in Dresden plant, in diesem Gebiet etwa 45 Jahre lang Kies abzubauen. Die Anwohner befürchten neben dem Lärm eine Zerstörung der Elbauenlandschaft und Raubbau an der Natur. Auch schenken sie dem Vorhaben des potenziellen Betreibers wenig Glauben, den Kies ausschließlich per Schiff auf der Elbe abzutransportieren.

„Wir müssen Druck machen auf die Grimmig GmbH, damit sie von ihrem Vorhaben Abstand nimmt. Nur so können wir uns gegen die vermeintlich Übermächtigen erfolgreich wehren“, sagte Urs Ebenauer, der Strehlaer Pfarrer. Nutzen vom Abbau habe ausschließlich der Betreiber, Mensch und Natur aber blieben bei dem Vorhaben auf der Strecke, so der Geistliche. „Aber Herr Grimmig interessiert das nicht. Der wohnt ja nicht hier und will nur Geld verdienen.“ - „Soll der doch in Heidelberg nach Kies buddeln“, warf ein empörter Zwischenrufer ein.

Geschützte Tiere und Pflanzen gefährdet

65 Hektar Land seien unmittelbar betroffen, insgesamt würden sogar 70 Hektar in Mitleidenschaft gezogen, betonte Bürgermeister Andreas Haberland. Gefährdet seien dadurch 184 verschiedene Pflanzen-, 89 Käfer- und 105 Vogelarten, von denen viele auf der Roten Liste stünden. 22 Millionen Tonnen Kies sollen hier im Landschaftsschutzgebiet gefördert werden, und dass, obwohl es genügend Abbaustellen im Landkreis gäbe, die nicht ausgelastet seien. Eine 18 Meter hohe Halde solle entstehen. „Schon weil es im Landschaftsschutzgebiet ist, wollen wir den Kiesabbau nicht“, nannte der Bürgermeister einen von vielen Gründen, um das Vorhaben abzulehnen. Der Stadtrat hatte sich schon 1994 dagegen entschieden. Zudem sei das Land hochwertig mit 60 bis 80 Bodenwertpunkten.

Nachteile für den Tourismus befürchtet

Nachteile für den Tourismus vor allem entlang des Elbe-Radweges befürchtet auch Helmut Kühne, der Vorsitzende des Strehlaer Fremdenverkehrsvereins. „Vom Radweg profitieren unsere Gaststätten, Hotels und Händler. Doch die Radtouristen werden ausbleiben, wenn hier Halden entstehen“, befürchtet er. Die Bürgerinitiative, die einen Sprecherrat bildete und mit Christine Hahn und Peter Güldner zwei Sprecher berief, will die Unterschriftensammlung gegen das Vorhaben weiter führen. Gespräche sollen mit allen unmittelbar betroffenen Anwohnern und mit den Landbesitzern geführt werden. Außerdem sollen die Medien eingeschaltet und Kontakt mit der Bürgerinitiative „Rettet den Liebschützberg“ aufgenommen werden. Letztere in der Nachbargemeinde konnte bis heute verhindern, dass dort abgebaggert wird. Auch die Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten der Region sollen mit einbezogen werden. Argumente, die für den Abbau sprechen, wurden bei der Versammlung nicht vorgetragen. Mitarbeiter der Firma Grimmig waren nicht anwesend oder gaben sich zumindest nicht zu erkennen.

„Dann setzen wir uns auch auf, die Straße“

Strehlaer Bürgerinitiative „Rettet den Elbbogen“ will 2.000 Unterschriften gegen den Kiesabbau sammeln

Von Jürgen Müller

Bis Dienstagabend hatten insgesamt 1560 Betroffene aus Strehla und Kreinitz gegen diesen Eingriff in Natur und Landschaft auf diese Art und Weise protestiert. Die Hans Grimmig GmbH aus Heidelberg will hier auf 65 Hektar insgesamt 45 Jahre lang Kies abbauen. Die Betroffenen fürchten die Zerstörung der Landschaft und der Umwelt, Beeinträchtigungen des Tourismus, Lärm, Dreck und Belastung der Straßen durch Transporte:

Zur zweiten Versammlung der Bürgerinitiative waren am Dienstag auch Wirtschaftsdezernent Franz Wegener vom Landratsamt und der sächsische CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Sandig gekommen.

Franz Wegener erläuterte, dass das Landratsamt gegen die Abbaubewilligung, die das Oberbergamt Freiberg für das Gebiet Petra-Süd erteilte; Widerspruch eingelegt und gegen den Freistaat Sachsen Klage erhoben hatte. Diese wurde jedoch abgewiesen, da nur direkt Betroffene Klagerecht haben. Man habe jetzt eine Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt.

Der Wirtschaftsdezernent wies auf Widersprüche zwischen Landesentwicklungsplan und Regionalplan hin. Während Strehla im ersteren als Vorranggebiet für Kiesabbau aufgeführt ist, ist dies im Regionalplan nicht der Fall.

„Manchmal muss Kies abgebaut werden, auch wenn die Leute darunter leiden. Aber es gibt Gegenden, wo dies besonders unsinnig ist. Strehla ist eine davon, diese Umgebung ist für mich etwas ganz Besonderes“, sagte Heiner Sandig. Und er bot an, Kontakte und Gesprächspartner zu vermitteln. Es sei außerordentlich wichtig, dass die Bürgerinitiative Erfolg habe. Neben allen Gründen, die gegen den Abbau sprächen, habe für ihn der Schutz der Elblandschaft obersten Stellenwert.

Den Abbau von Anfang an verhindern

„Herz und Verstand sind gefordert, nicht nur rechtsstaatliche Belange“, forderte Peter Kneis vom „Pro Natura“ e.V. Das Gemeinwohl stehe über dem Privatwohl. Er habe aber Sorge, dass in dem komplizierten Verfahren Gutachter zu einseitigen Ergebnissen kämen. Deshalb habe der Verein sämtliche naturschutzrelevanten Fakten der vergangenen 25 Jahre zum Gebiet der Elbaue zur Verfügung gestellt. „Die Bewilligung für den Kiesabbau wurde zu einem Zeitpunkt erteilt, zu dem die gesamte Fläche Landschaftsschutzgebiet war. Dies wird von ausschlaggebender Bedeutung sein“, hofft der Naturschützer. Er habe den Eindruck, dass der Investor Steuergelder in Investitionen „vergraben“ wolle; sagte Peter Güldner, Sprecher der Bürgerinitiative. Diese hat 25 Briefe an Träger öffentlicher Belange und Naturschutzeinrichtungen verschickt. Ein Gegengutachten zum Kiesabbau wird gegenwärtig erarbeitet. Auch die Stadt bereitet eine Stellungnahme vor, die heute im Stadtrat vorgetragen werden soll. Eindeutige Aussage darin: Strehla will den Kiesabbau nicht. „Der Stachel sitzt tief, das zeigt auch die erneut hohe Beteiligung an der Versammlung“, stellte Strehlas Bürgermeister Andreas Haberland fest. Kein Mensch brauche diesen Kies, nur Herr Grimmig. „Und wenn er erst mal ein Loch gegraben hat, dann ist er nicht mehr zu stoppen. Deshalb müssen wir den Abbau von Anfang an verhindern“, so der Bürgermeister. Dies alles seien knallharte Fakten, die gegen den Kiesabbau vor den Toren der Stadt sprächen, fasste Pfarrer Urs Ebenauer zusammen. „Und wenn es wirklich zum Abbau kommen sollte, dann setzen wir uns als Protest auch auf die Straße.“

„Unsere Enkel müssen das ausbaden“

(Riesaer Zeitung, 20. Jan. 2000) Von Jürgen Müller und Reiner Hanke)

Der Strehlaer Pfarrer Urs Ebenauer ist empört: "Das

ist ein weiteres Stück der Zerstörung von Gottes Schöpfung zu Gunsten von kommerziellen Interessen“, wettet er. Was ist es, das den engagierten Kirchenmann so in Rage bringt? In Strehla-Görzig soll Kies abgebaut werden. Auf einer Fläche von 70 Hektar sollen insgesamt 45 Jahre lang die Bagger schaufeln. „Es wird doch schon an mehreren Orten in der Umgebung Kies abgebaut. Ich sehe deshalb keine Notwendigkeit für einen weiteren Standort“, so der Pfarrer. Auch der Beteuerung des Planungsbüros, den Kies per Schiff über die Elbe abzutransportieren, schenkt Urs Ebenauer keinen Glauben. Bei Hoch- oder Niedrigwasser oder bei Eisgang wird das nicht möglich sein. Ich erinnere nur an die Erfahrungen, die das ‚Bibelschiff‘ Anfang der 90er Jahre mit Untiefen bei Torgau machte. Eine zusätzliche Belastung durch Kiestransporter; die jetzt schon fahren, ist aber nicht hinzunehmen“, sagt der Geistliche. Dieter Grimmig, Geschäftsführer der Firma Hans Grimmig in Heidelberg mit Niederlassung in Dresden, versichert demgegenüber: „Wir verpflichten uns, den Kies: ausschließlich per Schiff zu transportieren.“ Er sieht das Problem vor allem im Niedrigwasser, denn im Sommer werde das meiste Material gebraucht, weiß der Bauunternehmer. Das Niedrigwasser bringe aber enorme Verluste für die Schifffahrt. Und um dem zu entgegen, habe er einen Schubverband entwickelt, der auch bei 90 Zentimetern Wassertiefe noch fahren könne. Das sei patentiert. Die Schiffe warteten nur darauf, in der Bad Schandauer Werft gebaut zu werden. Zunächst sei es ihm nur um Kies gegangen, bis er tiefer in die Materie eingedrungen sei. Er wolle mit seinem Projekt die Schifffahrt in Schwung bringen und gerade dem Trend entgegenwirken, dass immer mehr Transporte auf die Straße verlagert werden. Und bei Strehla sei nicht nur ein guter Betonkies zu fördern, sondern es gebe auch fürs Umladen auf die Schiffe günstige Bedingungen. Mit Strehla stehe und falle sein Projekt.

Bewilligung ist noch keine Abbaugenehmigung

Im Rathaus der Stadt teilt man aber eher die Sorgen des Pfarrers und der Bürgerinitiative. „Natürlich muss Kiesabbau sein, doch nicht überall zugleich. Lieber sollte man erst einen Standort abbagern und rekultivieren und dann zum nächsten übergehen. Es ist schließlich genug Kies da im Landkreis“, schlägt Bürgermeister Andreas Haberland vor. Außerdem passe der Abbau nicht in die langfristige Entwicklungsstrategie der Stadt, die zunehmend auf Tourismus setzt. „Und die einmalige Elbauenlandschaft, die einmal europäischen Schutzstatus erhalten soll, würde dadurch unwiederbringlich zerstört“, bedauert der Rathauschef. „Die wirtschaftlichen Interessen Einzelner werden hier dem Gemeinwohl geopfert. Unsere Enkel werden das ausbaden müssen“, stellt er resignierend fest. Der Strehlaer Stadtrat jedenfalls, der als Träger öffentlicher Belange gehört wurde, hat sich gegen den Kiesabbau in Görzig ausgesprochen.

Inzwischen hat sich auch eine Bürgerinitiative mit dem Namen „Rettet den Elbbogen“ gebildet. Sie befürchtet neben der Zerstörung der Landschaft auch

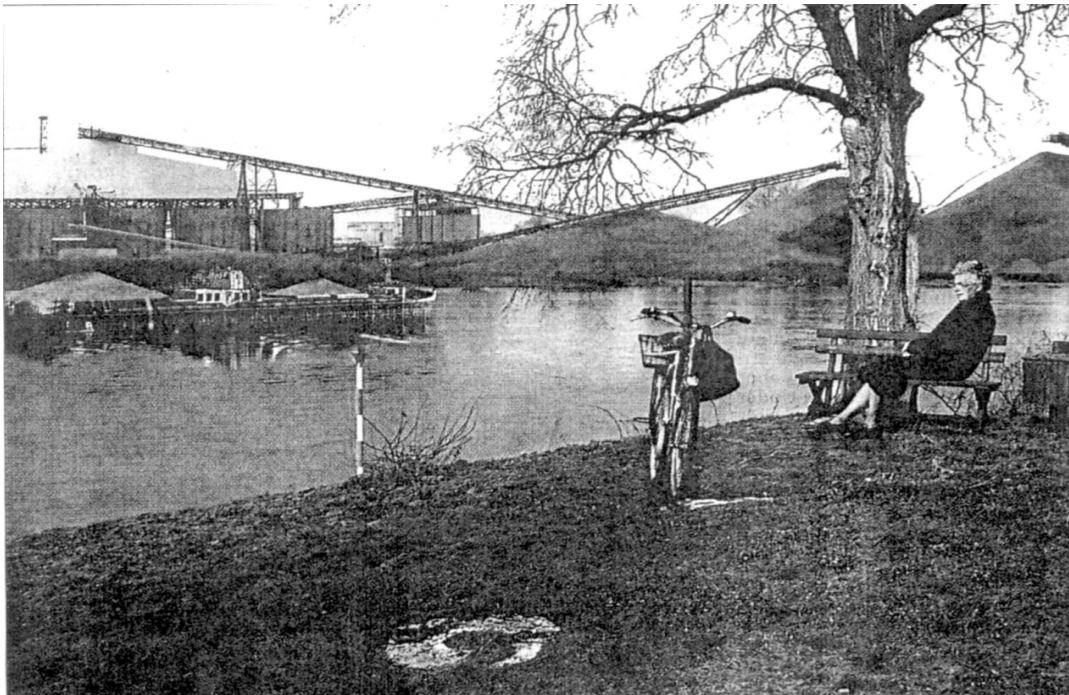
den Abbau von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehrsbereich.

„Die Bewilligung für diesen Standort fällt unter die Bestandsschutzregelung, das heißt, der dortige Kies ist frei zum Abbau“, bestätigt Joachim Bayer, zuständig für Öffentlichkeitsarbeit im Oberbergamt Freiberg. Die bergrechtliche Bewilligung sei mit Bescheid vom 25. März 1996 erteilt worden. „Ich weiß, dass es einigen Wirbel um die Bewilligung für Strehla gegeben hat. Diese Genehmigung stellt jedoch nur einen Rechtstitel dar; der noch keine Abbaugenehmigung beinhaltet“, so der Pressesprecher. Jetzt beginne die zweite Phase, in der der künftige Betreiber einen Rahmenbetriebsplan vorlegen müsse und ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt werde. „Nach unseren Erfahrungen dauert ein solches bergrechtliches Planfeststellungsverfahren im Regelfall zwei Jahre.“ An diesem Verfahren würden auch Behörden und Öffentlichkeit umfassend beteiligt, könnten ihre Bedenken, Belange und Hinweise vorbringen, aber auch Gründe, die gegen einen Abbau sprechen. „Für jeden, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, zum Beispiel die Grundeigentümer, besteht die Möglichkeit, Einwendungen gegen das Vorhaben zu erheben“, sagt Joachim Bayer.

Die hat zum Beispiel das Landratsamt und will sie bis zum 4. Februar eingereicht haben. „Bereits 1996 hat der Landrat im Umweltministerium gegen das Vorhaben protestiert“, sagt Pressesprecherin Kerstin Thöns. Es handele sich um Flächen, die laut Regionalentwicklungsplan dem Natur- und Trinkwasserschutz sowie der Landwirtschaft vorbehalten sein sollen. Außerdem sei es Rastgebiet für Vögel. Dem widerspricht zumindest in einem Punkt der Landesentwicklungsplan. Nach diesem wäre unter anderem auch der Kiesabbau möglich: Und dagegen richtet sich der Protest des Kreises. Diese Ungereimtheiten müssen nun geklärt werden.

Görziger sammeln jetzt Unterschriften

Keine Gefahr für Fauna und Flora sieht der Investor, im Gegenteil. Jetzt haben wird dort relativ schlechtes Ackerland und in 30 oder 40 Jahren eine vom Biotop her viel wertvollere Landschaft. Nach dem Abbau sei ein See zu Naturschutz- und Erholungszwecken geplant“, bestätigt das Oberbergamt. Auch in Görzig selbst macht man indes gegen den geplanten Kiesabbau mobil. Eine Unterschriftensammlung wurde ins Leben gerufen. „Das halbe Dorf Görzig hat schon unterschrieben, jetzt liegt die Liste im Bauamt der Stadt aus“, sagt Christine Hahn, eine der Initiatorinnen. Den Strehlaer Pfarrer kann das alles nicht beruhigen. „Wird das Verfahren weiter betrieben, werden wir uns mit der Bürgerinitiative zu wehren wissen“.



Mit dem Computer kann man einen Blick in die Zukunft werfen. So entstand diese Simulation mit dem Strehlaer Elbbogen, von Kreinitz aus gesehen. So könnte es - Grimmig sei Dank - aussehen, wenn hier tatsächlich auf Strehlaer Flur ein Kieswerk errichtet wird. Doch eine Bürgerinitiative stemmt, sich dagegen, er-

hielt jetzt auch Unterstützung vom Landtagsabgeordneten Heiner Sandig zugesagt im Kampf gegen die Zerstörung von Natur und Landschaft, gegen Lärm, Dreck und Straßenverkehr.

(Fotomontage: Studio Schröter/Ronny Oehm)

2. Naturschutz mit (Kuh-)Biß

In unserer „Schwesterzeitschrift“ Steinbruch und Sandgrube 11/99 fand ich einen Artikel über Naturschutz durch Galloways, den ich mit Schmunzeln las. Hervorhebenswert sind die Bemerkungen zur Wirksamkeit von FFH-Ausweisungen, also Flächen, die nach einer EU-Richtlinie als sogenanntes Flora-Fauna-Habitat geschützt werden sollen. Damit sollen insbesondere Biotopverbunde geschaffen werden, um die letzten Rückzuggebiete seltener Pflanzen und Tiere mit noch verbliebenen Naturlandschaften zu vernetzen.

Daß Kiesgewinnung und Umweltschutz keine - unüberwindbaren Gegensätze sind, konnte in der Vergangenheit immer wieder bewiesen werden. Auch in STEINBRUCH UND SANDGRUBE haben wir vielfach an Beispielen aufzeigen können, wie positiv sich Kies- und Sandabbau auf naturschutzliche Belange auswirkt.

Neue Denkansätze in der Naturschutzpraxis unter Einbeziehung von Kies- und Sandabbau zeigen sich jetzt auch in Schleswig-Holstein. Flächen der ehemaligen Kiesgrube Lürschau waren seit den 70er Jahren sich selbst überlassen worden, mit der Konsequenz, daß sich diese Bereiche immer weiter von einem ökologisch optimalen Zustand wegentwickelten.

Nach intensiven Kontakten zwischen Kiesunternehmer; Behörden und dem Naturschutzverein Bunde Wischen e.V. wurde 1997 die Genehmigung erteilt, in Teilen der ehemaligen Kiesgrube mit Galloway-Rindern eine Winterbeweidung durchzuführen. Ergebnis: Die Rinder fressen die vorhandene Streuschicht fast total ab, und im Frühjahr kann sich die Vegetation wieder voll entwickeln. Ein artenreiches Wachstum von klein-

und flachwüchsigen Pflanzenarten zeugen von den positiven Ergebnissen dieser Maßnahme, die auch von anderen Kiesunternehmen ergriffen werden sollte. Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, daß nicht Konfrontation, sondern Zusammenarbeit und Gesprächsbereitschaft zum Erfolg gemeinsamer Interessen beitragen.

Nebenbei bemerkt: Die Galloway-Rinder produzieren auch noch hervorragendes Rindfleisch. So hat die Landwirtschaftskammer Bunde Wischen 1990 das Gütesiegel „Qualitätsfleisch vom Robustrind Galloway - hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ verliehen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen Chefredakteur Wolfgang Hacker

Tag der Bauwirtschaft

Das Themenpaar Natur und Technik hatte der Industrieverband Sand, Kies, Mörtel, Transportbeton Nord e. V. für seinen diesjährigen „Tag der Baustoffwirtschaft“ anlässlich der Baufachmesse Nord-Bau in Neumünster gewählt.

Dipl.-Ing. Hermann Sievers, Vorsitzender des Verbandes, konnte über 200 Teilnehmer zur 24. Auflage dieser Veranstaltung begrüßen.

Sievers wies in seiner Eröffnungsansprache darauf hin, daß man sich in Schleswig-Holstein zur Zeit besonders intensiv mit dem Thema Natur befasse und hier besonders mit dem Landschaftsprogramm, der Novellierung des Nationalparkgesetzes und der 2. Tranche der zur Meldung an die Europäische Kommission vorgesehenen FFH-Gebiete.

In der Diskussion sei aber auch der vorliegende Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III, das heißt für die Kreise

Rendsburg-Eckernförde und Plön sowie die kreisfreien Städte Kiel und Neumünster. „Gemeinsam ist diesen Maßnahmen und Planungen nach unseren Feststellungen, daß die rohstoffwirtschaftlichen Belange dabei zunehmend in den Hintergrund geraten. Das für mich besonders Bedenkliche an dieser Entwicklung ist die zum Teil bewußte wissentliche Vernachlässigung offensichtlicher Belange in dieser Hinsicht.“

Sievers erläutert seine Bedenken an der räumlichen Ausdehnung und äußeren Abgrenzung der vorliegenden FFH-Gebietsvorschläge und am Entwurf zur Fortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum III.

Die Auswahl vorzuschlagender FFH-Gebiete darf ausschließlich nach naturschutzfachlichen Gesichtspunkten erfolgen. Das bedeute aber nicht, daß z.B. hinsichtlich der Festlegung der räumlichen Ausdehnung und der äußeren Grenzen eines FFH-Gebietsvorschlages nicht auch wirtschaftliche Anforderungen berücksichtigt werden könnten. Deshalb sei es für ihn auch völlig unverständlich, wenn, wie in drei konkreten Fällen geschehen, mehrere hundert Hektar große Gebietsvorschläge in Teilbereichen unmittelbar an bestehende, genehmigte Abbauflächen angrenzen, oder ein völlig isoliertes, nur 13 ha großes, in unmittelbarer Nachbarschaft eines seit mehr als einem Jahrzehnt ansässigen Transportbeton- und Trockenmörtelwerkes liegendes Naturschutzgebiet als FFH-Gebiet gemeldet werden soll.

Von offizieller Seite werde zwar immer wieder betont, daß bestehende Nutzungen und Aktivitäten auch in Zukunft fortgesetzt werden, und der Status quo also aufrecht erhalten bleiben könnte. Eine Garantie dafür gebe jedoch niemand, und so sei die wirtschaftliche Entwicklung der betroffenen Unternehmen in Frage gestellt.

Situation in Schleswig-Holstein

Mit der 1. Tranche wurden für Schleswig-Holstein - ausschließlich des darin enthaltenen Nationalparks Wattenmeer FFH-Gebiete mit einer Gesamtfläche von 33 345 ha bereits gemeldet.

Dabei handelt es sich ausschließlich um bereits durch Verordnung ausgewiesene Naturschutzgebiete. Die nunmehr vorliegenden FFH-Gebietsvorschläge der 2. Tranche haben einen Flächenumfang von insgesamt 53 348 ha.

1. und 2. Tranche zusammen machen damit insgesamt rd. 5,4 % der Landfläche Schleswig-Holsteins aus.

Sievers: „Da muß es doch wohl möglich sein, die äußeren Grenzen eines mehrere hundert Hektar großen FFH-Gebietes so festzulegen, daß in den betreffenden Teilbereichen ein ausreichender Abstand z. B. von 500 m zu bestehenden, genehmigten Abbauflächen gewahrt bleibt.“

Nach Aussagen von Sievers zeigen sich vergleichbare Entwicklungen auch in der Regionalplanung, wie der Entwurf des Regionalplans für den Planungsraum III verdeutliche.

Der Hinweis in den Erläuterungen zur Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den oberflächennahen Rohstoffabbau, daß von entsprechenden Festle-

gungen in z. B. Kernzonen des Naturparks und Gebieten mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems abgesehen wurde, wenn für diese Gebiete eine hinreichende naturschutzgesetzliche Begründung vorlag, ist eindeutig. Darüber hinaus werden Vorranggebiete für die Rohstoffgewinnung nur ausgewiesen, „wenn in den Gebieten genehmigte Vorhaben zur Nutzung verwertbarer Lagerstätten durchgeführt werden oder unmittelbar durchgeführt werden sollen.“

In den Landkreisen Rendsburg-Eckernförde und Plön sind 21 % bzw. 18,5% der Kreisflächen für das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem vorgesehen. Da überrasche es nicht, daß indem Landschaftsrahmenplan für diesen Planungsraum von 27 aufgeführten Rohstoffvorkommen 14 Gebiete kategorisch für einen Rohstoffabbau abgelehnt würden. Die übrigen Vorkommen unterliegen z.T. erheblichen Abbaubeschränkungen. Dementsprechend sind in der Karte des Regionalplanentwurfs für den Kreis Rendsburg-Eckernförde nur noch ca. 66 % und für den Kreis Plön nur noch ca. 55 % der auskartierten und in den Rohstoffberichten des Geologischen Dienstes ausgewiesenen Rohstoffflächen dargestellt. Mit langfristiger Sicherung der Nutzungsfähigkeit oberflächennaher Rohstoffe, dem Ziel der Landesplanung, habe das nur noch bedingt zu tun.

Sievers abschließend: „ist es dann noch verwunderlich, wenn Abbauunternehmer mit großer Sorge in die Zukunft blicken und um die langfristige Existenz ihrer in der Regel mittelständischen Familienunternehmen fürchten?“

Wo sind die von der Politik immer wieder beschworenen verlässlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft auf Landes- wie auf Bundesebene?“

Neue Denkansätze in der Naturschutzpraxis

Gerd Kämmer, Geschäftsführer des „Bunde Wischen e. V.“, erläuterte in seinem Vortrag neue Denkansätze in der Naturschutzpraxis, auch im Hinblick auf die Einordnung des Kies- und Sandabbaus aus naturschutzfachlicher Sicht und zeigte Wege einer engeren Zusammenarbeit auf.

Der Kontakt zur Kies- und Sandindustrie entstand dadurch, daß sich auch aus der Sicht der zuständigen unteren Naturschutzbehörde eine der Sukzession überlassene ehemalige Kiesgrube immer weiter vom ökologisch optimalen Zustand wegentwickelt habe. Über das daraufhin von und mit dem Bunde Wischen e.V. erarbeitete und umgesetzte Maßnahmenkonzept sowie die positiven Erfolge berichtete Gerd Kämmer.

„Bunde Wischen e. V.“ ist ein Naturschutzunternehmen und freier Träger von Qualifizierungsmaßnahmen in Schleswig-Holstein. Momentan werden 90 Mitarbeiter beschäftigt, von denen 9 Personen in einem festen Arbeitsverhältnis stehen. Die übrigen Mitarbeiter des Vereins sind überwiegend Menschen ohne feste Anstellung, die bei Bunde Wischen durch die Synthese von notwendigen Naturschutzarbeiten, praktischer Tätig-

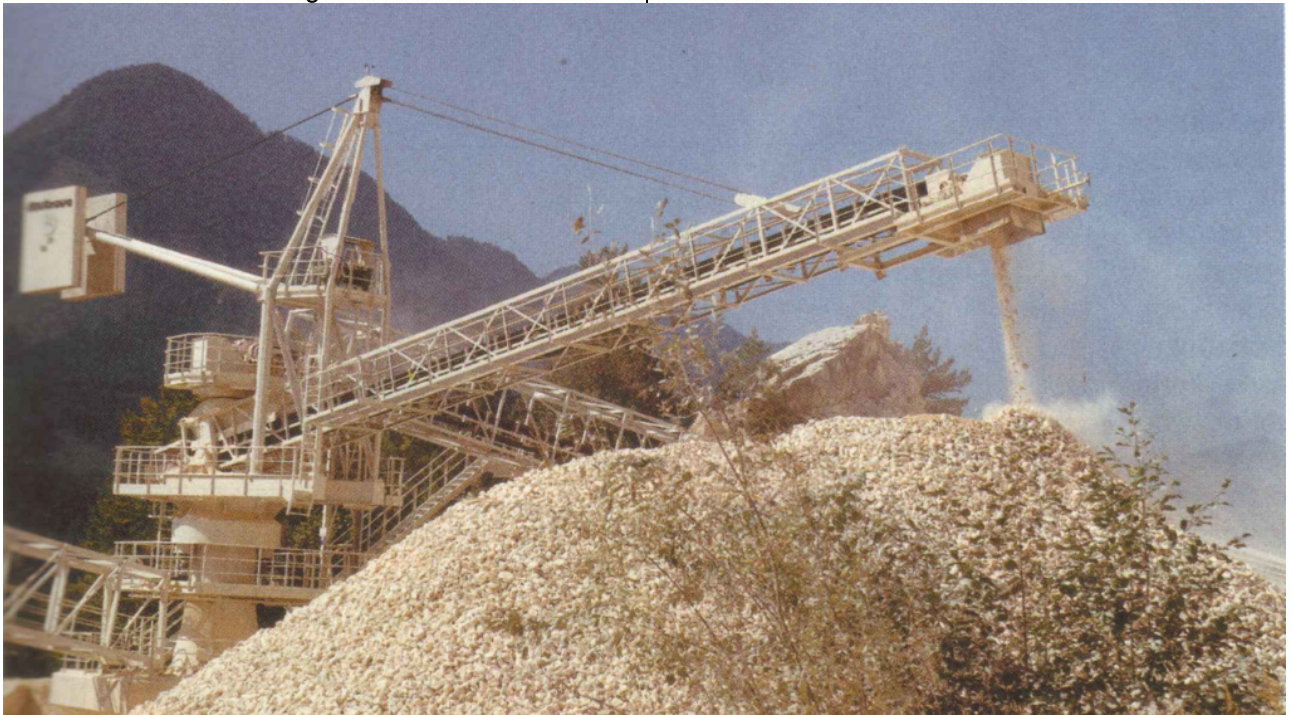
keit in vielfältigen Bereichen und die Vermittlung grundlegender Arbeitstugenden für den Ersten Arbeitsmarkt qualifiziert werden. Diese Maßnahmen werden in enger Kooperation mit dem Arbeitsamt, dem Land Schleswig-Holstein und der Europäischen Union durchgeführt. Mit einer 230-köpfigen Galloway-Herde betreibt Bunde Wischen eine extensive landwirtschaftliche Nutzung auf über 450 Hektar Fläche zwischen Flensburg und Neumünster[...]

Hintergrund des Engagements ist die Erkenntnis, daß die Aufgabe der Nutzung auf artenreichen Standorten ebenso wie die Intensivierung der Nutzung - zu einem schnellen Artenschwund führt. Die Erfahrungen, die in 13 Jahren mit der extensiven Gallowaybeweidung gemacht werden konnten, hat zu neuen Ansätzen im Management schützenswerter Flächen geführt.

Biotop. Na ja, wenigstens die alten, in denen noch mit Hand abgebaut wurde.)

Werden Kiesgruben nach der Auskiesung mit erheblichem finanziellen Aufwand der intensiven Landwirtschaft zurückgegeben, wird dieses Potenzial vollständig verschenkt. Aber auch die Entwicklung ohne Nutzung, wie sie das Landesnaturschutzgesetz in § 13 (5) im Anschluß an eine Auskiesung vorsieht, bietet den seltenen Arten nur für eine gewisse Zeit Lebensraum. Es sollte nach einigen Jahren über die Aufnahme einer extensiven Nutzung nachgedacht werden, will man die gerade erst entstandenen Lebensräume der seltenen Arten nicht gleich wieder verlieren.

Gerd Kämmer: „Die extensive Beweidung mit Galloways ist eine Möglichkeit, diesen Flächen genau die richtige Pflege zukommen zu lassen. Neben



Ein Ansatz ist die Beweidung trockener Standorte, wie sie u. a. in ehemaligen Kiesgruben vorzufinden sind. Die Tiere werden im Winter aufgetrieben und erhalten keinerlei zusätzliches Futter. Sie fressen die überständige Vegetation und verbeißen die Gehölze so, daß seltene Arten wieder eine Chance zur Ausbreitung haben. Zwei kleinflächige Versuche sind in einer ehemaligen Kiesgrube in Lürschau und im NSG Reesholm durchgeführt worden. Die Ergebnisse waren so positiv, daß diese Art der Beweidung auch im NSG Bültsee (35 ha) und seit 1999 auf einem ehemaligen Truppenübungsplatz (zunächst 150 ha) bei Flensburg durchgeführt wurde.

Kiesgruben haben aus Sicht des Naturschutzes ein bisher fast vollständig verkanntes Potential, da durch den Kiesabbau nährstoffarme Standortverhältnisse geschaffen werden, die in unserer eutrophierten Landschaft Seltenheitswert haben.

(Anm. d. Red: An dieser Stelle fehlte nur noch die Bemerkung, dass es ohne Steinbrüche im Grunde keinen Naturschutz gäbe: Schließlich sind ja die meisten alten Steinbrüche und Kiesgruben jetzt

den positiven Effekten für Natur- und Landschaft produzieren die Galloways auch noch ein hervorragendes Rindfleisch. Die Landwirtschaftskammer hat Bunde Wischen Anfang 1999 das Gütesiegel „Qualitätsfleisch vom Robustrind Galloway - Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ verliehen.

3. Gipsindustrie erwartet leichte Erholung

(Aus SuSa-Schnellbrief 11/99) Die deutsche Gipsindustrie hofft auf eine leichte Erholung der Bauwirtschaft im Jahr 2000. Dies erklärten Vertreter des Bundesverbandes der Gips- und Gipsbauplattenindustrie e. V. (Darmstadt) bei einer Pressekonferenz am 17. September im Berliner Hotel Adlon. Dort feierte der Bundesverband als einer der ältesten Baustoff-Verbände Deutschlands mit 180 Gästen sein hundertjähriges Bestehen. Die aktuellen Wirtschaftszahlen geben jedoch noch keinen Grund zum Jubel: Bei nach wie vor rückläufigen Baupreisen sank der Branchen-

umsatz 1998 um 3 Prozent unter das Niveau des Vorjahres. Insgesamt erwirtschafteten die 26 am deutschen Markt beteiligten Mitgliedsunternehmen im Bundesverband 1998 einen Umsatz von 1,7 Milliarden D-Mark.

Die Mitglieder des Bundesverbandes verarbeiteten 1998 wie schon 1997 - rund 7,9 Millionen Tonnen Gips. Dabei steigt der Anteil der sogenannten REA-Gipse, einem Sekundärrohstoff aus der Rauchgasentschwefelung, seit 1989 kontinuierlich: Im Jahr 2000 werden der Baustoff-Industrie voraussichtlich fast 6 Millionen Tonnen synthetische Gipse zur Verfügung stehen; 1997 waren es lediglich 4,74 Tonnen.

4. Kieswerke unter neuem Firmendach

Heidelberger Zement AG führt Tochtergesellschaften zusammen (aus Steinbruch und Sandgrube 12/99)

Von Jochen Walther PENIG/HEIDELBERG Der Baustoffkonzern Heidelberg Zement AG führt zwei Tochterunternehmen zusammen. Die ostdeutsche Neuper Beton Baustoffwerke wurde mit den süddeutschen Baustoffwerken Durmersheim zur Heidelberger Baustoffwerke GmbH vereinigt. Die neue Gesellschaft wird ihren Sitz in Durmersheim bei Karlsruhe haben.

Die Heidelberger Baustoffwerke sind im Regierungsbezirk mit den Kieswerken Penig und Ser-muth vertreten. Deren Geschäftsführer Ulrich Schnarre sieht durch die Fusion bessere Vertriebschancen, sogar den Ausbau des Peniger Standortes wollte er langfristig nicht ausschließen. „Hier stoßen wir auf qualitativ hochwertige Quarzkiese und -sande, die am Standort direkt verarbeitet werden können“, erklärte Schnarre. Allein die Sandwerke Biesern verkauften im Vorjahr rund 1 Million Tonnen Sand und Kies. Dennoch hat die Firmenleitung mit rückläufigen Märkten im Osten stark zu kämpfen.

Die Geschäftsführer der Heidelberger Baustoffwerke, Hugo Geyer und Jan Buck-Emden, erklärten den Zusammenschluß der Tochterfirmen mit identischen Aufgabenfeldern. Das Unternehmen beschäftigt an 30 eigenen Standorten sowie an 50 Beteiligungsstandorten rund 1000 Mitarbeiter, die einen Gesamtumsatz von etwa 400 Millionen DM erwirtschaften.

5. Junge Frau nach Unfall gestorben

(aus Freie Presse vom 3.(?) Februar 2000)
Chemnitz. Acht Stunden nach einem schweren Verkehrsunfall nahe Werdau ist am Dienstagabend eine junge Frau ihren Verletzungen erlegen. Die 23-jährige war am Mittag mit ihrem Opel Kadett an der Ortsgrenze zwischen Neukirchen und Langenhessen mit einem Kipper zusammengestoßen und musste herausgeschnitten werden. Danach kam sie zunächst ins Pleißenalklinikum nach Werdau, später wurde sie dann mit dem Rettungshubschrauber in die Universitätsklinik nach Leipzig gebracht, wo sie kurz nach 20 Uhr verstarb.

Auch Fahrer und Beifahrer des LKW hatten sich verletzt. Der Laster fuhr nach dem Zusammenstoß einen Strommast um und kippte in den Straßengraben. Die Ladung – Tonnen von Schotter – landete auf dem angrenzenden Grundstück

6. Gefahr für Silbersee vorerst abgewendet

Wie uns Herr Lippmann aus Weinsdorf soeben mitteilte, konnte die dortige Bürgerinitiative durch ihre jahrelange engagierte Arbeit die akute Gefahr einer Zerstörung des „Silbersees“ offenbar vereiteln. Während einer Aussprache in Anwesenheit von Umweltamtsleiter Steinert und Landrat Dr. Schramm (Mittweida) wurde die Bürgerinitiative offiziell darüber informiert, daß die Firma Bergauer Sachsen GmbH den Gesteinsabbau im umstrittenen Landschaftsschutzgebiet Zschopautal-Eichberg-Silbersee vorläufig nicht weiter betreibt. Diese Entscheidung ist offenbar Folge der überwiegenden Ablehnung des Vorhabens im Raumordnungsverfahren durch die Träger Öffentlicher Belange, darunter auch die Grünen Liga. Wie der Landrat mitteilte, werde die Firma den Abbauantrag voraussichtlich völlig neu stellen. Dieses Verfahren läuft dann unter Baurecht, d.h. nicht mehr das Oberbergamt, sondern die Landkreisbehörde ist Verfahrensträger. Wesentlicher Vorteil ist, dass dann Einvernehmen mit den betroffenen Kommunen hergestellt werden muß. Dies erscheint nach Ansicht der Bürgerinitiative möglich, wenn der Abbau des bisherigen Steinbruchs in die Tiefe und in Richtung „Weißer Stein“ vorgenommen wird. Die „Bürgerinitiative gegen den großflächigen Gesteinsabbau im Raum Zschopautal – Eichberg – Silbersee – Weinsdorf – Neudörfchen – Kockisch“ erntet damit die Früchte ihres mehrjährigen Widerstandes. Mit Bittgottesdiensten, Plakataktionen, Unterschriftensammlungen, Informationskampagnen, Einschaltung von Presse und Fernsehen sowie parlamentarischer Arbeit gelang es ihr, das ökologisch hochwertige Gebiet um den „Silbersee“ vor einer Zerstörung durch die Bagger zu bewahren. Dabei spielte insbesondere der engagierte Pfarrer der Stadt Mittweida, Dr. Christoph Körner mit seinen Kollegen aus Ringetal und Rossau, und seine Frau eine wichtige Rolle im Widerstand. Durch die von ihnen und der Bürgerinitiative zusammengetragenen Argumente konnte u.a. das Landeskirchenamt und das Landkreissparlament für eine Unterstützung gewonnen werden. Die Bürgerinitiative will nun aufmerksam die weitere Entwicklung verfolgen. Sollten die Arbeiten für den Abbau im Raum Zschopautal – Silbersee – Eichberg wieder aufgenommen werden, werde sie sofort wieder aktiv, so ihr Vorsitzender, Manfred Lippmann in einem Brief an den „Steinbeisser“.